

## Projektabschlussbericht

### TP 5: „Aufenthalt und Einbürgerung“

Datum: 14.01.2017

### Projektorganisation

Projektnummer	Projekttitel / Bezeichnung
2016/10-5	Aufenthalt und Einbürgerung


Auftraggeber	Projektverantwortung	Projektleitung
Senator Mäurer	Staatsrat Ehmke	Frau Scharrelmann

### Projektstatus

Zutreffenden Status bitte mit dem Buchstaben „N“ bestätigen und in das vordere Feld eingeben.

	kritisch
--	----------

(z. B. Verzögerungen, Fristüberschreitungen, Gefährdung von Projektzielen, Hemmnisse, Klärungsbedarf mit Auftraggeber...)

	planmäßig
---	-----------

## Abschlussbericht

<b>Projektziel</b> Beschreibung des <b>Soll-Zustandes</b>	Für die aufenthalts- und staatsangehörigkeitsrechtlichen Aufgaben der Stadtgemeinde Bremen ist ein Migrationsamt eingerichtet.
<b>Projektauftrag</b> Was soll getan werden?	<ul style="list-style-type: none"><li>• Gründung des Migrationsamts einschließlich Anpassung bisher geltender rechtlicher Regelungen</li><li>• Dokumentenanpassungen vornehmen (inkl. Bundesdruckerei, Siegel, eigene Formulare, BK, AZR etc.)</li><li>• Versetzung der Mitarbeiter_Innen</li><li>• Festlegungen von Personalzielzahlen (inkl. Verhältnis von Kernmitarbeiter_Innen zu Nachwuchskräften)</li><li>• Besetzung bestehender Vakanzen</li><li>• Abgabe der Aufgabe „Namensrecht“</li><li>• Entscheidung über die Fortführung der Aufgabenwahrnehmung durch das neue Bürgeramt (bisher: Verpflichtungserklärungen für Besuchs-Visa und Adressänderungen)</li><li>• Klärung der Weiterführung der Aufgaben des Migrationsamtes an der Universität Bremen (bsu) Konzepterstellung zur Nutzung zentraler Dienstleistungen (in Zusammenarbeit mit dem Teilprojekt 1 „Querschnittsthemen“, Frau Odenkirchen)</li></ul>

### Teilprojektorganisation

Zur Klärung und Vorbereitung der Projektaufgaben wurde eine Teilprojektgruppe eingerichtet:

- Projektleitung: Abteilungsleitung Aufenthalt und Einbürgerung / Fr. Scharrelmann
- Abt. Aufenthalt und Einbürgerung: Referatsleitungen / Fr. Dr. Maleika, Hr. Kommnick und Tessarek
- SI: Fr. Pape-Post, Schenkel und Odenkirchen
- SF: Fr. Oppermann
- SK: Hr. Schlichting
- PR Stadtamt: Hr. Besser
- GPR: Fr. Menzel, Hr. Hartwig
- Frauenbeauftragte Stadtamt: Frau Greve

Ferner war die Abteilung Aufenthalt und Einbürgerung in der Projektgruppe für das Gesamtprojekt vertreten.

Durch die Abteilung für Aufenthalt und Einbürgerung und den Senator für Inneres wurden die Teilaufgaben vorbereitet.

Am 21.11.2016 tagte die Teilprojektgruppe zu folgenden Themen:

- Sachstand Abteilung Aufenthalt und Einbürgerung: Organisations- / Personalstruktur und Personalsituation
- Name des zukünftigen Amtes
- Einrichtung des Amtes, Änderung bisher geltender rechtlicher Regelungen und Verfahren
- Fortführung der Aufgabenwahrnehmung durch das neue Bürgeramt
- Abgabe der Aufgabe „Namensrecht“
- Fortführung der Kooperation mit der Universität / bsu
- Verfahren zur Versetzung der MitarbeiterInnen und zur Neuzuweisung der Nachwuchskräfte
- Verfahren zur Nutzung zentraler Dienstleistungen
- Weitere bis zum Start des Migrationsamts zu erledigende Infrastruktur-Aufgaben
- Weitere MitarbeiterInnenbeteiligung

Die Teilprojektgruppe erzielte Einvernehmen über die Aufgabenpakete, Umsetzungsschritte und das weitere Verfahren. Es wurde vereinbart, dass eine weitere Sitzung der Teilprojektgruppe – am 6.12. - nur stattfinden solle, wenn die Umsetzungsschritte / Verfahren nicht eingehalten werden könnten.

Die MitarbeiterInnen wurden regelmäßig durch die Abteilungsleitung per E-Mail über den Fortgang des Verfahrens informiert und in Dienstbesprechungen beteiligt ebenso wie durch die Personalvertretungsorgane. Diese Verfahrensweise war so durch die Teilprojektgruppe vereinbart worden.

Die durch den SI vorbereiteten Deputations- und Senatsvorlagen wurden einschließlich der für die Gründung des Migrationsamts erforderlichen Rechtsänderungen am 29.11.2016 beschlossen.

Diese Teilprojektergebnisse wurden dem Lenkungsausschuss in seiner Sitzung am 29.11.2016 vorgestellt.

Am 6.12. wurde die Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden nach dem Aufenthaltsgesetz sowie die Bekanntmachung über die Zuständigkeiten in Staatsangehörigkeits- und bestimmten Aufenthaltsangelegenheiten im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen mit in Kraft treten zum 01.01.2017 veröffentlicht.

Am 13.12. erfolgte die Mitbestimmung des GPR zur Versetzung aller MitarbeiterInnen der Abteilung Aufenthalt und Einbürgerung vom Stadtamt in das Migrationsamt sowie die Neuzuweisung der Nachwuchskräfte der Abteilung zum Migrationsamt.

Im Verlauf des Dezember wurden weitere erforderliche Infrastrukturaufgaben durch die Abteilung Aufenthalt und Einbürgerung und die Abteilung 1 des SI umgesetzt, zur Vorbereitung der förmlich ordnungsgemäßen Wahrnehmung der aufenthalts- und staatsangehörigkeitsrechtlichen Aufgaben durch das Migrationsamtsamt zum 1.1.2017.

Ferner erfolgte die Versetzung und Neuzuweisung aller MitarbeiterInnen und Nachwuchskräfte zum Migrationsamt mit Wirkung zum 1.1.2017.

Am 02.01.2017 nahm das Migrationsamt planungsgemäß den Dienstbetrieb auf.

## **Ergebnis**

Auftrag und Ziel des Teilprojekts wurden planungsgemäß zum 1.1.2017 umgesetzt. Das Teilprojekt ist damit erfolgreich abgeschlossen.

## **Beteiligung und Abstimmung**

Der Abschlussbericht ist mit den Mitgliedern des Teilprojekts abgestimmt.

14.01.17  
gez. Scharrelmann